

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Stephan Brandner, Marcus Bühl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/25801 –**

2021 zum Jahr der deutschen Sprache erklären

A. Problem

Die Bundesregierung soll das Jahr 2021 zum „Jahr der deutschen Sprache“ erklären. Das fordert die Fraktion der AfD in ihrem Antrag und verweist auf die Arbeiten Martin Luthers an einer Bibelübersetzung, die der Reformator im Jahr 1521 begonnen habe. Die Bundesregierung soll den Anlass nutzen, um ein Programm aufzulegen, das Festveranstaltungen, Symposien und Diskussionsveranstaltungen umfasst, um an die Bibelübersetzung zu erinnern. Die Bundesregierung soll im Rahmen dieses Programms mit Bürgern und Wissenschaftlern in einen Dialog über Gegenwart und Zukunft der deutschen Sprache eintreten und die Ergebnisse dokumentieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/25801 abzulehnen.

Berlin, den 14. April 2021

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde
Vorsitzende

Melanie Bernstein
Berichterstatterin

Martin Rabanus
Berichterstatter

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Hartmut Ebbing
Berichterstatter

Simone Barrientos
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Melanie Bernstein, Martin Rabanus, Dr. Götz Frömking, Hartmut Ebbing, Simone Barrientos und Erhard Grundl

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/25801** in seiner 204. Sitzung am 14. Januar 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Tourismus.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung soll das Jahr 2021 zum „Jahr der deutschen Sprache“ erklären. Das fordert die Fraktion der AfD in ihrem Antrag und verweist auf die Arbeiten Martin Luthers an einer Bibelübersetzung, die der Reformator im Jahr 1521 begonnen habe. Die Bundesregierung soll den Anlass nutzen, um ein Programm aufzulegen, das Festveranstaltungen, Symposien und Diskussionsveranstaltungen umfasst, um an die Bibelübersetzung zu erinnern. Die Bundesregierung soll im Rahmen dieses Programms mit Bürgern und Wissenschaftlern in einen Dialog über Gegenwart und Zukunft der deutschen Sprache eintreten und die Ergebnisse dokumentieren.

Die Fraktion begründet ihren Antrag damit, dass das Deutsche bedroht sei. Immer weniger Menschen, ob in der Wirtschaft oder in der Wissenschaft, kommunizierten auf Deutsch. Selbst im Alltag greife mehr und mehr die englische Sprache Raum. Migration und moderne Kommunikationsmittel sowie ideologisch motivierte Projekte wie die „geschlechtergerechte Sprache“ gefährdeten Schönheit und Verständlichkeit der Muttersprache Deutsch. Es sei gesellschaftlich geboten, sich die Traditionen und Entwicklungen der deutschen Sprache bewusst zu machen und darüber mit den Bürgern in einen Dialog zu treten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** empfahl in seiner 78. Sitzung am 14. April 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfahl in seiner 68. Sitzung am 14. April 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Tourismus** empfahl in seiner 66. Sitzung am 14. April 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 68. Sitzung am 14. April 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 14. April 2021

Melanie Bernstein
Berichterstatterin

Martin Rabanus
Berichterstatter

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Hartmut Ebbing
Berichterstatter

Simone Barrientos
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter